

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur  
und Sport  
am Donnerstag, dem 10.06.2010, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (Raum A4.01)**

**Beginn: 15:05 Uhr  
Ende: 17:45 Uhr**

|    |   |                 | Seite    |
|----|---|-----------------|----------|
| .  | <b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>                      |                 |          |
| 1. | Integrationsbericht                                     | <b>047/2010</b> | <b>4</b> |
| 2. | Inklusive Beschulung und Zukunft der Förder-<br>schulen | <b>062/2010</b> | <b>7</b> |

**Anwesend:**

| <b>Vorsitz</b>                     |                                       |
|------------------------------------|---------------------------------------|
| Festge, Susanne                    |                                       |
| <b>Ausschussmitglieder</b>         |                                       |
| Bas, Ali                           |                                       |
| Dominitzki, Herbert                |                                       |
| Dufhues, Hannelore                 |                                       |
| Hein-Kötter, Dorothea              |                                       |
| Henschen, Richard                  |                                       |
| Holz, Günter                       |                                       |
| Hüttemann, Dorothe                 |                                       |
| Krause, Josef                      |                                       |
| Luster-Haggeney, Rudolf            |                                       |
| Ostermann, Norbert                 |                                       |
| Samson, Bernhardine                |                                       |
| Wagner, Natalie                    |                                       |
| Wiese, Hans-Jürgen                 |                                       |
| Zöller, Bettina                    |                                       |
| <b>stellv. Ausschussmitglieder</b> |                                       |
| Eisenhuth, Hans-Heinrich           | Vertretung für Herrn Hans-Dieter Hödl |
| Möllmann, Rolf                     | Vertretung für Frau Theresia Gerwing  |
| <b>von der Verwaltung</b>          |                                       |
| Börger, Heinz Dr.                  |                                       |
| Fernkorn, Ronald                   |                                       |
| Lebek, Anika                       |                                       |
| Löckmann, Christel                 |                                       |
| Schreier, Petra                    |                                       |
| Schulte-Sienbeck, Verena           |                                       |
| <b>Gäste</b>                       |                                       |
| Bornschie, Marion                  |                                       |
| Rehbock, Ulrich                    |                                       |
| Schäper, Bernd                     |                                       |
| Wekeiser, Erwin                    |                                       |

Wille, Marie-Luise

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ausschussmitglieder**

Behring, Herwig

Gerwing, Theresia

Hödl, Hans-Dieter

Remest, Gerda

## I. Öffentlicher Teil

Frau Festge eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport um 15.05 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders die Gäste, Frau Schulte-Sienbeck und Frau Lebek sowie den Vertreter der Presse.

Bevor die Vorsitzende mit der Tagesordnung beginnt, verpflichtet sie Herrn Hans-Jürgen Wiese als Vertreter der katholischen Kirche im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mit nachfolgender Verpflichtungsformel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde."

Durch Erheben von seinem Platz und mit den Worten "Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe" bekundet Herr Wiese sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel.

### 1. Integrationsbericht

**047/2010**

Die Sozialplanerin des Kreises Warendorf, Frau Schulte-Sienbeck, berichtet den Anwesenden zu Beginn ihrer Power-Point-Präsentation, die als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist, dass der vorliegende Integrationsberichts-Entwurf mit Hilfe von über 2.000 Beteiligten in den vergangenen zwei Jahren entstanden sei. Er stelle das Ergebnis aus verschiedenen Planungsprozessen dar.

Hierbei sei die Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen "Komm-In –Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit" – genutzt worden.

Mehr als 80 Maßnahmen, die für eine Verbesserung der Integration wichtig seien, schlage der Bericht vor. Dabei seien klare Prioritäten und Zuständigkeiten genannt.

Frau Schulte-Sienbeck erläutert hierzu die Prioritätenliste. Die Summe der beiden Faktorenwerte "Soziale Folgewirkungen" und "Rechtlicher Verpflichtungsgrad" ergäben die Priorität, mit der der Kreis Warendorf die Handlungsempfehlungen umsetzen werde. Ergänzt würden diese Faktoren durch die eingeschätzte Realisierbarkeit der Maßnahmen, so dass die höchste Priorität einer Handlungsempfehlung "9k" (6+3+k) betrage und die niedrigste Priorität bei "3l" (2+1+l) liege.

Vor diesem Hintergrund erläutern Frau Schreier und Frau Lebek als Geschäftsführerinnen der Planungsgruppen "Bildung" und "Sprache" anhand von Beispielen Punkt für Punkt das für den Ausschuss zuständige Handlungsfeld.

Hinsichtlich des Ziels "Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer für die Durchführung der Sprachförderung" (Seite 70 des Entwurfs) empfehlen die Ausschussmitglieder generell mehr Fachkräfte mit Migrationshin-

tergrund in den Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen einzustellen. In diesem Zusammenhang sollte auch das "Netzwerk von Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsbiografie" der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien) einbezogen werden. Dieses werde für den Lehrerberuf an Schulen und könne beratend für die Schulen tätig sein.

Zum Ziel "Stärkung des Bildungsbewusstseins bei Eltern mit Migrationshintergrund" mit der Maßnahme "Darstellung von Ausbildungschancen und –möglichkeiten durch Veranstaltungen und direkte Kontakte" auf Seite 71 des Entwurfs stellt Herr Ostermann für die Kreistagsfraktion der Grünen den Antrag, die sozialen Folgewirkungen auf den Faktor 6 zu erhöhen, so dass eine Priorität von 7m vorliege.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zum Ziel "Intensive Sprachförderung in Deutsch" mit der Maßnahme "Organisation von Lesewettbewerben und Auslobung von Preisen" (Seite 72 des Entwurfs) stellt Frau Samson für die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag, Änderungen entsprechend dem Schreiben der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.06.2010 vorzunehmen.

Herr Eisenhuth begrüßt die geplante Auslobung und ergänzt, dass dies in Kooperation mit den Schulen und der Stiftung Lesen erfolgen sollte.

Herr Bas macht darauf aufmerksam, dass das türkische Generalkonsulat in Münster muttersprachliche Lesewettbewerbe anbiete; diese sollten bei den Vorlesewettbewerben miteingebunden werden.

Herr Henschen weist in diesem Zusammenhang auf die hervorragende Arbeit bei der Erstellung des Integrationsberichts hin, dessen Umsetzung auch die FWG-Fraktion gern unterstützen werde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zum Ziel "Steigerung der Übergangsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien" mit der Maßgabe "Verbesserung der Kooperation zwischen Grundschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasien" (Seite 75 des Entwurfs) stellt Frau Samson für die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag, Änderungen entsprechend dem Schreiben der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.06.2010 vorzunehmen.

Frau Samson begründet ihren Antrag mit der Auffassung, dass beim Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer viel mehr kooperieren müssten. So könnten Brüche in der Bildungsbiografie der Schülerinnen und Schüler vermieden werden.

Frau Wagner weist darauf hin, dass auch die Hauptschule als Kooperationspartner genannt werden müsse. Ebenfalls müssten die Verbundschule und die Berufskollegs als Partner bei der Aufzählung berücksichtigt werden.

Es kommt daher am Ende zu der Einigung, die Zielsetzung in "Verbesserung der Kooperation zwischen Grundschule und den weiterführenden Schulen" zu ändern, womit alle Schulformen erfasst sind.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Herr Ostermann führt aus, dass aufgrund des demographischen Wandels eine erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten unablässig sei, da die Gesellschaft auf sie angewiesen sei.

Herr Bas gibt zu bedenken, dass selbst gut ausgebildete Menschen mit Migrationshintergrund oftmals weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Herr Holz regt an, zu den beiden Berufsorientierungsmessen des Kreises Warendorf "Mach mit" in Oelde und "BOM" in Warendorf vermehrt ausländische Jugendliche einzuladen, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. So können potenzielle Arbeitgeber dazu ermutigt werden, Auszubildende mit Migrationshintergrund einzustellen.

Letztlich kommt es zur Abstimmung über den Entwurf des Integrationsberichts für den Kreis Warendorf mit den vorgenannten beschlossenen Änderungen, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport gegeben ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Frau Festge bedankt sich herzlich bei allen, die an der Erstellung des Entwurfs beteiligt waren.

Abschließend fragt Frau Zöllner, wie nun die guten Ansätze finanziell umgesetzt werden können.

Herr Dr. Börger antwortet, dass nunmehr eine Abarbeitung der Prioritäten unter Einsatz der jeweils zur Verfügung stehenden Mittel erfolgen werde. Neben den im Haushaltsjahr 2010 veranschlagten 20.000,00 € würden für die Realisierung u.a. auch Mittel der Sparkasse Münsterland-Ost und der Stiftung Mercator eingesetzt.

Herr Holz weist hierzu auf die Internetseite des Bundesinstituts für Berufsbildung hin, wonach für Projektausschreibungen zum Thema Berufsorientierung bundesweit 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

**2. Inklusive Beschulung und Zukunft der Förderschulen****062/2010**

Zu Beginn ihrer Ausführungen zitiert Frau Schreier den seit 2009 auch in Deutschland gültigen Art. 24 der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen. Danach wird eine inklusive, d. h. grundsätzlich gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen gefordert.

Frau Schreier weist darauf hin, dass bisher nach § 19 SchulG vorgesehen sei, behinderte Schülerinnen und Schüler nach ihrem individuellen Bedarf sonderpädagogisch zu fördern. Diese Förderung kann sowohl an allgemeinen Schulen durch gemeinsamen Unterricht oder in integrativen Lerngruppen als auch an Förderschulen stattfinden. Im Kreis Warendorf werden z.Z. insgesamt 1.279 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen unterrichtet; im gemeinsamen Unterricht werden derzeit lediglich 138 Schülerinnen und Schüler beschult.

Frau Schreier verdeutlicht, dass die Eltern der behinderten Kinder an den o.a. Verfahren beteiligt seien, ein rechtlich durchsetzbares elterliches Wahlrecht, d.h. ein einklagbares Recht auf Besuch einer Regelschule jedoch nicht bestehe. Ein Urteil des VGH Hessen vom 12.11.2009 verneine auch die Ableitung dieses Wahlrechts aus der UN-Konvention. Nach diesem Urteil müsse vielmehr die tatsächliche Situation des Kindes und in der gewählten Schule in den Blick genommen werden.

Vor dem Hintergrund der einsetzenden Debatte um die inklusive Beschulung hat die Landesregierung im Oktober 2007 "Eckpunkte für den Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung gem. § 20 Abs. 5 SchulG NRW" vorgelegt, auf deren Grundlage zum Schuljahr 2008/2009 20 Pilotprojekte ihre Arbeit aufgenommen haben. Ein Ausbau um 30 weitere Regionen ist beabsichtigt.

Frau Schreier weist darauf hin, dass mit der Pestalozzi-Schule in Ennigerloh bereits ein Kompetenzzentrum im Kreis existiert.

Aufgabe einer Förderschule, die zum Kompetenzzentrum ausgebaut wird, soll ein vorrangig abgedecktes Förderspektrum, d. h. eine Bündelung der Förderschwerpunkte sein. Durch die Kooperation des Kompetenzzentrums mit den allgemeinen Schulen erfolgt eine Förderung der Schülerinnen und Schüler somit nicht nur allein im Kompetenzzentrum.

Frau Schreier führt aus, dass der Landkreistag NRW mit seinem Positionspapier "Bestmögliche Förderung für alle!" vom 27.10.2009 erkläre, dass z.Z. keine pauschale Festlegung, in welcher Art und Weise der Beschulung die bestmögliche Förderung zu realisieren sei, erfolgen könne. So werde es auch in Zukunft ein Mischsystem von Regelschulen mit gemeinsamen Unterricht und einer signifikanten Anzahl von Förderschulen geben.

Die Erprobung von Kompetenzzentren werde begrüßt. Mittelfristig sei jedoch mit einer Reduzierung der Förderschulen zu rechnen, da davon ausgegangen werde, dass 80 – 85 % der Schüler, die derzeit eine Förderschule besuchen, in Zukunft an Regelschulen unterrichtet werden können. Zudem gäbe es einen Konsens innerhalb der

Länder zunächst die gesonderten Beschulungen für den Förderschwerpunkt Sprache und Lernen aufzulösen, dann werde vermutlich der Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung folgen.

Frau Schreier führt die Folgen für den Kreis Warendorf als Schulträger zweier Förderschulen, aber auch für die Schulträger der Regelschulen, näher aus. Es entstünden zum Einen erhebliche Kosten beim Ausbau der allgemeinen Schulen zu behindertengerechten Schulen. Zum Anderen seien viele Lehrerinnen und Lehrer nicht ausgebildet, Kinder mit speziellen Förderbedürfnissen zu unterrichten.

Aufgrund der unsicheren Zukunftsperspektive der Förderschulen solle deshalb die geplante Einführung des OGS an der Regenbogenschule zum Schuljahr 2011/2012 in Beckum nicht realisiert werden.

Auch an der Astrid-Lindgren-Schule solle ein weiterer Ausbau der OGS über die drei bestehenden Gruppen hinaus nicht erfolgen.

Gleichwohl würden die geplanten Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes umgesetzt, um den laufenden Betrieb an der Schule und des Paul-Spiegel-Berufskollegs räumlich zu entzerren.

Weiterhin erklärt Frau Schreier, dass die weitere Entwicklung abgewartet werden müsse und die beiden Förderschulen wie bisher weiterlaufen sollten. Des Weiteren seien z.Z. keine zurückgehenden Schülerzahlen zu verzeichnen. Vielmehr sei mit voraussichtlich 112 Schülerinnen und Schülern in der Regenbogenschule (z.Z. 98 Schülerinnen und Schüler) und voraussichtlich 181 Schülerinnen und Schüler in der Astrid-Lindgren-Schule (z.Z. 162 Schülerinnen und Schüler) eine steigende Tendenz für das Schuljahr 2010/2011 zu erkennen.

Abschließend berichtet Frau Schreier über ein Gespräch zwischen Herrn Meyer vom LWL-Landesjugendamt und Herrn Ltd. Regierungsschuldirektor Eisenberg von der Bezirksregierung Münster. Nach Aussage von Herrn Eisenberg sei nach derzeitiger Rechtslage für jedes Kind eine Eingangsphase von zwei bis zu drei Jahren vorgesehen, in dem es seine Chance erhalte, in der Schule "anzukommen".

Diese Vorgabe gelte nach Aussage von Herrn Eisenberg vor allem für Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, soziale und emotionale Entwicklung, die bisher in den AOSF-Verfahren einen Anteil von etwa 54 % ausmachten. Nur in besonderen Einzelfällen, wie etwa bei massiven Verhaltensstörungen, käme künftig eine Zuweisung in eine Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung in Betracht.

Frau Wille gibt an, dass vielen Kindern eine gemeinsame Beschulung empfohlen werde; ein gemeinsamer Unterricht sei jedoch nicht möglich, da man personell nicht entsprechend aufgestellt sei.

Frau Bornschieer erklärt, dass sie gemeinsam mit Herrn Pläger Überlegungen angestellt habe, welche Hauptschulen für den gemeinsamen Unterricht beteiligt werden könnten.



Beide Schulleiterinnen betonen, dass sie einen steigenden Bedarf des Offenen Ganztags an ihren Schulen sehen.

Herr Dr. Börger erklärt, dass das Land NRW für die Umsetzung der UN-Charta verantwortlich sei. Daher seien zunächst die Koalitionsverhandlungen abzuwarten.

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Festge die Sitzung um 17.45 Uhr.

Susanne Festge  
Vorsitz

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer